

A decorative background consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several dots highlighted in red. The dots are arranged in a pattern that roughly outlines the shape of the European continent.

Das neue Glücksversprechen

Zwischenbilanz der Diskussion über die Zukunft der europäischen Sozialdemokratie

JAN NIKLAS ENGELS / GERO MAAB
Oktober 2010

- Angesichts der dramatischen Verluste bei Wahlen steht die europäische Sozialdemokratie vor der Herausforderung, ihre Politik der letzten Jahre sorgfältig zu analysieren, Erfolge und Fehlentwicklungen klar zu benennen, sich inhaltlich und organisatorisch-strukturell zu öffnen und eine zukunftsgerichtete programmatische Alternative sowohl zu Neoliberalismus, sanftem Konservatismus und rückwärtsgewandtem Populismus zu entwickeln. Dieser Prozess ist bereits im vollen Gange. Dieser Artikel zieht mit Blick auf die Debatte über die Zukunft der europäischen Sozialdemokratie eine erste Zwischenbilanz.
- Die von der Sozialdemokratie erwarteten Antworten auf die als Bedrohung empfundene soziale, kulturelle und politische Verunsicherung sollten im Idealfall wichtige Bestandteile einer neuen sozialdemokratischen Erzählung bilden. Soziale und wirtschaftliche Sicherheit, gesellschaftliche Anerkennung und Zusammenhalt sowie demokratische Teilhabe sind kein Selbstzweck. Politik, Gesellschaft und Wirtschaft sind vielmehr gefragt, einen Beitrag zur Lebenszufriedenheit, Selbstverwirklichung und zum Glück der jeweiligen Bevölkerung zu leisten.
- Entscheidend für politische Erfolge ist die Gesamtaufstellung einer Partei. Führung, Handlungsspielraum, Leistungsbilanz, Partnerschaften sowie Europa- und Globalisierungsstrategie müssen ein stimmiges Gesamtbild ergeben. Das Drehen an nur einigen dieser »Stellschrauben« reicht nicht aus. Und es genügt nicht, nur in einigen Bereichen gut aufgestellt zu sein.



Inhalt

| | |
|--|-----------|
| Einleitung | 2 |
| Schritt eins »Standortbestimmung«: Suche nach Erklärungen und Selbstkritik | 2 |
| Schritt zwei »Suche«: Eine neue sozialdemokratische Erzählung | 3 |
| Der dreifachen Verunsicherung begegnen | 5 |
| Sozialdemokratische Politik macht glücklich | 8 |
| Schritt drei »Handlungs- und Mehrheitsfähigkeit«: Erfolgreiches Management der Aufgabenvielfalt | 9 |
| Fazit..... | 13 |
| Literatur | 14 |

Einleitung

Zu Beginn des neuen Jahrtausends regierten Sozialdemokraten in drei Viertel der 15 EU-Mitgliedsländer. Im Zeichen der Verabschiedung der Lissabon Agenda wählten viele die EU in einem sozialdemokratischen Zeitalter. Doch das Blatt hat sich gewendet: Inzwischen stehen die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas erheblich unter Druck und müssen sich zumeist mit einer Oppositionsrolle begnügen.¹

Aufgrund des Versagens des Finanzkapitalismus und der dadurch entstandenen Vertrauenskrise hatten viele mit Blick auf das politische Koordinatensystem in Europa auf eine Verschiebung nach links gehofft. Dies ist nicht eingetreten. Stattdessen ist die Veränderung der europäischen Parteienlandschaft viel mehr von teilweise dramatischen Vertrauensverlusten gegenüber den Parteien der Mitte – verbunden mit Zuwächsen für populistische Parteien am rechten und linken Rand des politischen Spektrums – geprägt.

Große Bevölkerungsgruppen fühlen sich in ihren sozio-ökonomischen, kulturellen und politischen Lebenswelten bedroht. Gleichzeitig werden sozialdemokratische Parteien oftmals nicht mehr als Garanten für eine sozial gerechte Absicherung gesehen, im Gegenteil gelten sie zum Teil als Mitverursacher der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise oder zumindest als Versager bei ihrer Bekämpfung. Zudem machen andere Akteure der Sozialdemokratie das Terrain im Bereich der sozialen Demokratie streitig.

Die europäische Sozialdemokratie steht vor der Herausforderung, ihre Politik der letzten Jahre sorgfältig zu analysieren, Erfolge und Fehlentwicklungen klar zu benennen, sich inhaltlich und organisatorisch-strukturell zu öffnen und eine zukunftsgerichtete programmatische Alternative sowohl zum Neoliberalismus, als auch zum sanften Konservatismus und rückwärtsgewandten Populismus zu entwickeln.

Nach den Machtverlusten in Traditionsländern wie den Niederlanden, Schweden, Deutschland und Großbritannien und dem damit verbundenen Ende des Dritten Weges hat die Sozialdemokratie zurzeit weder allseits

¹ Vgl. dazu die Schaubilder der Regierungsbeteiligung 2000 und 2010 sowie die dazugehörige aktuelle Aufstellung beim FES-Monitor der Sozialen Demokratie unter <http://www.fes.de/ipa/inhalt/monitor.php>.

akzeptierte Führungen noch ein neues Paradigma und damit keinen programmatisch-politischen Pol. Im wissenschaftlichen Bereich sowie bei politisch nahestehenden Stiftungen und *think tanks* und natürlich den Parteien selbst wird kräftig danach gesucht. Der vorliegende Beitrag versteht sich daher auch als Versuch, in Hinblick auf diese Debatten eine Zwischenbilanz zu ziehen.

Schritt eins »Standortbestimmung«: Suche nach Erklärungen und Selbstkritik

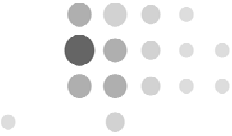
Der erste Schritt wurde bereits von vielen sozialdemokratischen Akteuren gemacht – die Analyse der aktuellen Krise der Sozialdemokratie wurde durchgeführt. Der allgemeine Abwärtstrend zeigt dabei, dass neben individuellen länderspezifischen Gründen auch länderübergreifende gesellschaftspolitische Veränderungen eine gewichtige Rolle spielen. Die verschiedenen Erklärungen können sieben Thesen zugeordnet werden, die teilweise miteinander in Verbindung stehen:

Dahrendorf-These: Mit dem Ende des Industriezeitalters hat die Sozialdemokratie ihre Aufgabe erfüllt und ist somit überflüssig geworden. Die Wählerbasis der (unterdrückten) Industriearbeiterschaft gibt es so nicht mehr. Das politische Versprechen des sozialen Aufstiegs wurde entweder erfüllt oder wird als nicht mehr realistisch angesehen (Dahrendorf 1983).

Einengungsthese: Der Raum zur programmatischen Positionierung im Parteienspektrum wird für sozialdemokratische Parteien eingeengt. Sei es, dass die konservativen Parteien »sanft« geworden sind und die politische Mitte okkupieren. Oder dass andererseits populistische Parteien die Stimmen der unzufriedenen Bevölkerungsschichten an sich ziehen. In Ländern, in denen beide Tendenzen auftreten, werden die sozialdemokratische Parteien im »Zangengriff« aufgerieben.

Diskurslosigkeitsthese: Sozialdemokratische Parteien haben die Diskurslosigkeit über die wichtigsten gesellschaftlichen Themen verloren. Die gesellschaftlichen Vorstellungen entsprechen einem konservativ-liberalen Mainstream. Progressive linke Politikansätze haben dagegen in den meisten Fällen keine gesellschaftlichen Mehrheiten.

Unglaubwürdigkeits-/Leistungsbilanz-These: Sozialdemokratische Parteien werden nicht mehr als die Garanten für soziale Gerechtigkeit angesehen. Diese



Rollenzuschreibung wird ihnen inzwischen von anderen Parteien streitig gemacht. Die von Sozialdemokraten durchgesetzten Reformen in den letzten Jahren werden als sozial ungerecht und damit nicht mehr als mit den Vorstellungen der sozialen Demokratie deckungsgleich empfunden. Die Leistungsbilanz sozialdemokratischer Regierungen wird von den Wählern negativ eingeschätzt. Daher kommt es trotz einer weiterhin hohen Zustimmung zu sozialdemokratischen Idealen zu Stimmenverlusten bzw. zur Abwahl von sozialdemokratischen Parteien.

Entfremdungsthese: Die sozialdemokratischen Parteien haben sich von ihrer Ursprungsbasis, der Arbeitnehmerschaft, entfremdet. Exklusive Verbindungen zu Gewerkschaften bzw. sozialen Bewegungen bestehen nicht mehr bzw. sind in den letzten Jahren zerbrochen. Die inhaltlichen Angebote sozialdemokratischer Parteien korrespondieren nicht mehr mit den Vorstellungen und Problemen der Arbeitnehmerschaft, die zunehmend keine individuellen Aufstiegschancen mehr sieht.

Spaltung-der-Wählerbasis-These: Die einstige Wählerbasis der Sozialdemokraten hat sich in Globalisierungsbefürworter und -gegner gespalten. Wähler, die in einer globalisierten Welt mit einer europäischen Wissensgesellschaft zu den Verlieren gehören bzw. sich in ihrem sozialen Status durch die Globalisierung bedroht sehen, fühlen sich durch die Sozialdemokratie nicht ausreichend vertreten bzw. geschützt. Aber auch Globalisierungsbefürworter fühlen sich durch andere Parteien, die z. B. die Interessen von gut ausgebildeten Eliten vertreten, besser repräsentiert. Die Stammwählerschaft sozialdemokratischer Parteien schrumpft zunehmend. Die fortschreitende Individualisierung in den europäischen Gesellschaften begünstigt dabei zusätzlich die Herausbildung bzw. Stärkung von spezialisierten Kleinparteien.

Wertewandelthese: In den letzten Jahren haben soziokulturelle Fragestellungen in der Problemhierarchie der Bevölkerung an Bedeutung gewonnen. Dabei artikulieren sich gesellschaftliche Wandlungsprozesse in der Folge der »hedonistischen Revolution« der Post-68-Ära ebenso wie die Folgen von Zuwanderung, die zu einer steigenden kulturellen, sozialen und religiösen Heterogenität der (west)europäischen Gesellschaften geführt hat. »Kosmopolitische« und multikulturalistische Vorstellungen auf Seiten der linken Funktionseliten stoßen sich an dem »kommunitaristischen« Verlangen in Teilen der sozialdemokratischen Stammwählerschaft

(Hillebrand 2009). Diese empfinden die Veränderungen als Infragestellung ihrer Werteordnung und als Heimat- und Identitätsverlust. Die Abwanderung von ehemaligen Wählern der sozialdemokratischen Parteien gerade aus einfachen Arbeitnehmerschichten in die Enthaltung oder zu populistischen Bewegungen ist die Folge.

Zur Überprüfung der Thesen sowie als Beitrag zur Analyse des krisenhaften Zustandes hat die Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Reihe von Studien zu sozialdemokratischen bzw. progressiven Parteien in Europa aber auch anderen Ländern wie USA und Kanada in Auftrag geben.² Einige dieser Analysen stellen wir in dieser Ausgabe der Reihe *Internationale Politik und Gesellschaft* vor. Die Analysen bieten einerseits einen schnellen und guten Einblick in den Zustand der jeweiligen sozialdemokratischen Parteien, andererseits werden die national diskutierten Gründe für die Wahlniederlagen (oder in einigen wenigen Fällen Wahlerfolge) benannt und die Zukunftsperspektiven aufgezeigt.

Schritt zwei »Suche«: Eine neue sozialdemokratische Erzählung

So vielfältig bereits die Analyse der Hintergründe des Niedergangs oder besser des zeitweiligen Abschwungs der Sozialdemokratie (Weßels 2010) sind, umso schwieriger gestaltet sich die Suche nach einer neuen sozialdemokratischen Erzählung.

Bei aller Unterschiedlichkeit waren die sozialdemokratischen Politiken und politisch-ideologischen Debatten der Parteien im zurückliegenden Jahrzehnt stark vom vorwiegend britisch geprägten Diskurs des Dritten Weges der New Labour Party geprägt. Über Ländergrenzen hinweg fanden sie sich zur Jahrtausendwende zu einem progressiven Dialog zusammen, der maßgeblich vom Londoner *Policy Network* gesteuert, organisiert und inhaltlich gefüttert wurde.³

² Hintergründe zum Aufbau der Studien, zur Auswahl der Autorinnen und Autoren sowie den Ergebnissen liefert das Editorial der IPG 4/2010.

³ Auf ihrer Website www.policy-network.net lassen sich die Debatten der letzten Jahre nachlesen und vor allem die Bemühungen um eine jährliche Progressive Governance Conference, die in den Anfangsjahren mit Präsident Clinton auch noch die amerikanischen Demokraten umfasste (Policy Network 2010). Auch wenn er sich oftmals missverstanden fühlte, bleibt Anthony Giddens mit seinem Buch »Third Way. Renewal of Social Democracy« nicht nur der Namenspatron (Giddens 1998). Roger Liddle und Peter Mandelson hatten in ihrem »The Blair

Allen voran in der niederländischen Partij van de Arbeid (PvdA), den italienischen Mitte-Links-Parteikonstellationen, der ungarischen Magyar Szocialista Párt (MSZP) unter ihrem Premierminister Ferenc Gyurcsány und der deutschen SPD unter Kanzler Schröder fanden diese Modernisierungsbemühungen Widerhall. Wenngleich nicht ohne Widerspruch: Vielen ging der ideologiefreie Regierungspragmatismus und der Verweis auf echte oder vermeintliche Sachzwänge während der jeweiligen Regierungsperiode zu weit. Die Mitgliederzahlen sanken kontinuierlich und verloren gegangene Wahlen bezeugten die Entfremdung von der Wählerschaft. Mit den Bundestagswahlen 2005 musste das rot-grüne Reformprojekt verworfen werden;⁴ nach den Unterhauswahlen im Mai 2010 trat die Labour Party als die am längsten regierende sozialdemokratische Partei der letzten Jahrzehnte den Gang in die Opposition an (Krönig 2010). »Wir waren zu verliebt in die Märkte«, übte Lord Liddle vom *Policy Network* jüngst Selbstkritik.⁵ Die Aus- und Rückwirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise haben nach den verlorenen Wahlen den Dritten Weg endgültig unter sich begraben.

Die Suche nach einem neuen Paradigma hält indes an. Die Suchtrupps kommen dabei vor allem aus der Wissenschaft, parteinahen Stiftungen und *think tanks* sowie natürlich aus den Parteien selbst:

So initiierte die Foundation for European Progressive Studies⁶ nach der für die europäische Sozialdemokratie desaströsen Wahl des Europaparlaments im Juni 2009 zusammen mit dem Renner-Institut das europaweite Projekt *Next Left*. In einer Reihe von Arbeitspapieren und Workshops wird die Debatte zur Zukunft der Sozialdemokratie in den Bereichen Werte (Solidarität, Demokratie, Gleichheit und Frieden), sozio-ökonomische Modelle und Rolle des Staates wie auch organisatorische Herausforderung (Partnerschaften, Kommunikation, Bildung und Training, etc.) geführt.

Revolution« 1996 die Grundideen in ein politisches Programm für die New Labour Party gegossen (Liddle/Mandelson 1996).

⁴ Einen Rückblick auf die rot-grüne Koalition unter dem Blickwinkel des Dritten Weges liefert der Tagungsbericht des Progressiven Zentrums »Beyond the Third Way – Was heißt heute Progressive Politik?« (Progressives Zentrum 2010).

⁵ Siehe hierzu die Ergebnisse des Wiener Bruno Kreisky Forum vom 07.06.2010 (Kreisky Forum 2010).

⁶ Für mehr Informationen siehe Foundation for European Progressive Studies (2010).

Ausgehend vom Grundsatzpapier *Building the Good Society* von Andrea Nahles (Deutschland) und Jon Cruddas (Großbritannien) (Cruddas/Nahles 2010) organisierten Social Europe Journal, Soundings Journal, Compass und die Friedrich-Ebert-Stiftung London eine Online-Debatte⁷ über die Zukunft der sozialen Demokratie in Europa. Die verschiedenen Beiträge können thematisch den Herausforderungen »Europäische und globale Vision«, »Ungleichheit«, »Nachhaltigkeit«, »Reform des Kapitalismus«, »Rolle des Staates« und »Demokratie und Parteiorganisation« zugeordnet werden.⁸

Ernst Hillebrand von der Friedrich-Ebert-Stiftung setzt sich in seinem Papier *Eine Gesellschaft selbstbestimmter Bürger: Konturen eines sozialdemokratischen Projekts für das 21. Jahrhundert* (Hillebrand 2009) ebenfalls mit der Erneuerung der Programmatik der europäischen Sozialdemokratie auseinander. Er verweist auf Lücken und Anachronismen hinsichtlich der Fragen nach (1) der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und den Zielen sozialstaatlicher Intervention, (2) den gesellschaftlichen Grundlagen für eine Politik der Solidarität, (3) der zukünftigen Rolle des Staates, (4) dem Menschen und Gesellschaftsbild der Sozialdemokratie, sowie (5) der Zukunft der demokratischen Partizipation. Dabei fordert er als Gegenentwurf zum ökonomistischen Menschenbild des Neoliberalismus und dem Glücksversprechen des Konsumismus eine eigene Vision einer guten Gesellschaft souveräner Bürger.

Der sogenannte Amsterdam Prozess, initiiert von Policy Network und der Wiardi Beckmann Stichting (WBS) konzentriert sich auf fünf Themenbereiche: die sozialdemokratische Idee im 21. Jahrhundert, demografische Entwicklung, Wählerschaft und Koalitionen, politische Ökonomie und Reform des Wohlfahrtsstaates und europäische Integration.

Daneben gibt es eine ganze Reihe anderer Ansätze und Projekte, wie das neugegründete Observatoire de la Démocratie der Fondation Jean Jaurès⁹ in Paris oder verschiedene Aktivitäten der Fundación IDEAS in Spa-

⁷ Siehe hierzu die Good Society Debate des *Social Europe Journal* unter <http://www.social-europe.eu/category/good-society-debate/>.

⁸ Eine Zusammenfassung der gut 90 Beiträge findet sich in Henning Meyer and Karl-Heinz Spiegel, *What next for European social democracy? The Good Society Debate and beyond* (Meyer/Spiegel 2010).

⁹ Siehe hierzu Informationen der Jean Jaurès Foundation unter <http://www.jean-jaures.org/Manifestations/Les-rencontres/Les-nouvelles-promesses-de-la-social-democratie-europeenne>.

nien.¹⁰ Die FES fasst ihre vielfältigen Maßnahmen in einem Internationalen Monitor Sozialer Demokratie¹¹ zusammen und liefert dort Wahlanalysen, europäische Parteienforschung, *best practice*-Vergleiche sozialdemokratischer Politiken sowie Beiträge zur Debatte über die Zukunft der Sozialdemokratie.

Der dreifachen Verunsicherung begegnen

Die verschiedenen Debatten in Wissenschaft, Politik und im sozialdemokratischen Umfeld können auf drei elementare Bereiche konzentriert werden und zwar auf notwendige Reaktionen auf die Verunsicherung der Wählerschaft in ihren sozio-ökonomischen, kulturellen und politischen Lebenswelten.

Die Gründe dafür liegen in den Veränderungen der sozialen Wirklichkeit der europäischen Bevölkerung in den letzten Jahren. Breite Bevölkerungsgruppen fühlen sich in ihren sozialen, kulturellen und politischen Lebenswelten bedroht. Die Ursprünge für das Gefühl dieser dreifachen Verunsicherung liegen in neuen grundsätzlichen Herausforderungen und grundlegenden Entwicklungstendenzen, die beispielsweise vom Beratergremium für europäische Politik der EU-Kommission (BEPA) in ihrem Konsultationspapier »Soziale Wirklichkeit in Europa«¹² als folgende benannt werden:

- die Globalisierung
- der weltwirtschaftliche Aufstieg von China und Indien
- der demografische Wandel
- der anhaltende Übergang zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft
- die sich abzeichnenden Kosten des Klimawandels
- die Individualisierung der Werte und
- die zunehmende ethnische und kulturelle Vielfalt der europäischen Gesellschaften.

¹⁰ Siehe hierzu Fundación Ideas unter www.fundacionideas.es/en/home.

¹¹ Siehe hierzu FES Monitor für Soziale Demokratie unter <http://www.fes.de/ipa/inhalt/monitor.php>.

¹² Das genannte Papier diente als Grundlage eines Konsultationsprozess der EU Kommission mit dem Ziel, Aufschluss über die soziale Wirklichkeit und über die Tendenzen in der europäischen Gesellschaft zu geben (European Commission 2010).

Die soziale Verunsicherung: Weite Teile der Bevölkerung haben Angst vor sozialem Abstieg. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch Auswirkungen auf die Sorgen der Europäer. Im gesamt europäischen Vergleich rangiert die Besorgnis vor zunehmender Arbeitslosigkeit (54 Prozent der Befragten) vor Befürchtungen um den Verlust der wirtschaftlichen Stabilität.¹³ Europa ist eine der reichsten Regionen der Welt und trotzdem leben 17 Prozent (79 Millionen) der Europäer unter der Armutsgrenze. In vielen EU-Ländern hat die Armut im letzten Jahrzehnt sogar zugenommen.¹⁴ Die innergesellschaftliche Kluft zwischen Globalisierungsgewinnern und -verlierern nimmt zu. Chancen und Risiken in den europäischen Gesellschaften werden immer weniger gleichgewichtig auf die Schultern aller verteilt: Einige gesellschaftlichen Gruppen maximieren ihr Chancenpotenzial und minimieren ihre Risikofaktoren, während andere einerseits durch alle Chancenroste fallen und andererseits zugleich immer mehr Risiken tragen müssen.

Die kulturelle Verunsicherung: Neben Sorgen um den Arbeitsplatz sowie die wirtschaftliche Situation gehören Kriminalität und Zuwanderung zu den Top Ten der in der europäischen Bevölkerung als wichtig empfundenen Probleme. In Dänemark rangiert dabei »Kriminalität« auf Platz eins, während sich die Bürger in Malta an erster Stelle Sorgen über die Zuwanderung machen (European Commission: 2010a). Die zunehmende ethnische Vielfalt sehen weite Bevölkerungsteile als Gefahr für die gesellschaftliche Homogenität. Überzeugende sozialdemokratische Lösungsansätze, die aufzeigen, wie gesellschaftliche Integration und Identifikation im Migrationsraum Europa erreicht werden können, sind bisher nicht bis zur Wählerschaft vorgedrungen. Auch bei Fragen der Kriminalität und inneren Sicherheit fühlen sich viele Bürger bei konservativen Parteien mit *law-and-order*-Vorstellungen oftmals besser aufgehoben.

Die politische Verunsicherung: Hinzu kommt ein starker Vertrauensverlust gegenüber demokratischen Institutionen, der oft jedoch eher ein Verdruss über den herrschenden Politikstil ist (European Commission 2010b). Rund ein Viertel aller Menschen in Deutschland fühlt sich ungerecht behandelt und sieht sich auf der Verlie-

¹³ Siehe hierzu die Studie »Challenges of Europe« 2009, die jährlich vom GfK Nürnberg e. V. durchgeführt wird (GfK 2009).

¹⁴ Siehe hierzu Euronet 2010 unter <http://www.euronet.eu/ger/Archiv/Actualites/German/2010/January/Der-endlose-Kampf-gegen-Armut> sowie Hans-Böckler-Stiftung 2010, www.boeckler-boxen.de/2361.htm.

rerseite des Lebens. Mehr als die Hälfte stehen politischen Reformen eher skeptisch gegenüber. Etwa 40 Prozent meinen, unsere Demokratie funktioniere nicht so wie sie sollte und sind vor allem mit dem derzeitigen Politikstil nicht zufrieden (Friedrich-Ebert-Stiftung 2009). Die Wahlergebnisse aus dem Jahr 2009 spiegeln diese Tendenzen wider: Die Wahlbeteiligung ist in Europa ebenso wie in Deutschland stark gesunken. Als Ursache für ihre Wahlabstänze nennen Nichtwähler Demokratiedefizite, generelles Misstrauen gegenüber politischen Institutionen sowie unzureichende Informationen (Hegewald/Schmitt 2009; Infratest dimap 2009). 56 Prozent der Deutschen und 61 Prozent der Europäer fühlen sich vom Staat zu sehr bevormundet (European Commission 2010a).

Will die Sozialdemokratie wieder zu einer führenden und gestaltenden politischen Kraft in Europa werden, muss sie neue und überzeugende Antworten auf die von der Bevölkerung als Bedrohung empfundene soziale, kulturelle und politische Verunsicherung finden. Folgende Fragen und Themen spielen dabei eine zentrale Rolle:

1.) Wie schaffen wir ein neues sozio-ökonomisches Paradigma, welches für *neues, soziales und zugleich nachhaltiges Wachstum* steht? Wie lässt sich dieses Konzept konkret benennen und messen? Im September 2009 hatte eine prominent besetzte internationale Kommission unter der Leitung von zwei Ökonomie-Nobelpreisträgern (Joseph Stiglitz und Amartya Sen – die man durchaus als »sozialdemokratische Ökonomen« beschreiben kann) einen Bericht zur Messung von ökonomischer Leistungsfähigkeit und sozialem Fortschritt vorgelegt. Ihr Urteil ist vernichtend für den klassischen Blick auf Wachstum als Indikator für Wohlstand. Es geht bei Wohlstand um mehr als nur um das gesellschaftliche Gesamteinkommen. Vieles von dem, was die Gesellschaft leistet und was ihr wichtig ist, wird vom Bruttoinlandsprodukt oder der klassischen Wachstumsperspektive gar nicht abgebildet. Das Verdienst der beiden britischen Wissenschaftler Wilkinson und Pickett ist es, mit ihrem Buch *Spirit Level* die Tugend der Gleichheit und Fragen der Verteilung wieder zurück in die politische Debatte gebracht zu haben.¹⁵ Damit verbunden ist die Frage nach der Neugestaltung des Ver-

¹⁵ Siehe auch die Rezension von Liana Fix und Gero Maaß in der Zeitschrift *Internationale Politik und Gesellschaft* (IPG) 4/2010 sowie die Kurzzusammenfassung des Buches (Fix 2010).

hältnisses von *Markt und Staat*, insbesondere vor dem Hintergrund der Regulierungserfordernisse im Finanz- und Bankensektor. Welche Steuerungsmöglichkeiten haben Nationalstaaten in der Binnenwirtschaftspolitik, wenn wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Abhängigkeiten weit über den Nationalstaat hinausreichen?

Zielsetzung der Wirtschaftspolitik sollte es sein, Ressourcen dort einzusetzen, wo sie für die Gesellschaft am gewinnbringendsten sind. Das Credo Gerhard Schröders und Tony Blairs, es gebe keine linke oder rechte Wirtschaftspolitik, sondern nur eine richtige oder falsche, ist nicht zutreffend: Jede wirtschaftspolitische Entscheidung hat gesellschaftliche Folgen, über die eine politische Diskussion notwendig ist. Gesellschaftlich gewinnbringend sind in erster Linie Investitionen in Zukunftsfaktoren wie Bildung und Innovation. Es geht aber auch um Investitionen in sozialen Zusammenhalt und die Grundfesten der Gesellschaft: Tony Judt (2010) hat mit seiner Forderung nach einer Renaissance des *Wohlfahrtsstaates* als sozialdemokratisches Kernanliegen für eine intensive Neuauflage der sozialdemokratischen Debatte über die Zukunft von Sozialstaatlichkeit im Zeichen eines von Unsicherheit geprägten 21. Jahrhunderts gesorgt. Was auf den ersten Blick als rückwärtsgewandtes Plädoyer erscheint, entpuppt sich als kluges geschichtlich fundiertes Argument, das besagt, dass Reformen nicht immer nur als Suche nach neuen radikalen Ideen daher kommen müssen, sondern auch eine Rückbesinnung auf (meist erkämpfte) Errungenschaften sein können.¹⁶ Wie die Demokratie sind auch der soziale Zusammenhalt und dessen institutionelle Sicherung über wohlfahrtsstaatliche Strukturen keine Einbahnstraße, sondern wollen immer aufs Neue begründet und verteidigt werden. Damit wären wir bei der kulturellen Verunsicherung angekommen.

2.) Die Sicherung des *sozialen Zusammenhalts* ist und bleibt der politisch-programmatische Identitätskern der sozialen Demokratie, die über eine Politik der sozialen Gerechtigkeit in Verbindung mit wirtschaftlicher Innovation ins Werk gesetzt wird. Doch kann inzwischen ein »gradueller Prozess der Entsolidarisierung«, der »auf Dauer die Akzeptanz linker Politikangebote« (Hillebrand 2009: 5) untergräbt, festgestellt werden. Die Frage ist also, wie sich in Zeiten der fortschreitenden Individualisierung und Globalisierung noch gesamtgesellschaftli-

¹⁶ Siehe hierzu die Rezension von Tobias Dürr in IPG 4/2010.

che Solidarität herstellen und erleben lässt. Benötigt die Sozialdemokratie vor dem Hintergrund zunehmender Heterogenität ein neues Verständnis von *Solidarität*? Viele zweifeln inzwischen, inwieweit solidarische Politikkonzepte noch mehrheitsfähig sind und sehen den Sozialstaat europäischer Ausprägung in ernsthafter Gefahr. Doch der Blick zum Beispiel nach Schweden oder Norwegen zeigt, dass die Menschen die Steuer- und Beitragsbelastung für Sozialsysteme akzeptieren, wenn sie ebenfalls »von qualitativ hochwertigen Leistungen wohlfahrtstaatlicher Einrichtungen profitieren und gleichzeitig dem Missbrauch erkennbar Grenzen gesetzt sind« (Hillebrand 2009: 6).

Eine zunehmende Anzahl von politischen Analysten verweisen auf die zentrale Bedeutung des Politikfeldes der *Migration* beziehungsweise *Integration*.¹⁷ Zunehmende Immigration¹⁸ (gepaart mit mangelnder gesellschaftlicher Integration) hat zu sozialen Spannungen sowie Angst vor Überfremdung bei der *ingesessenen* Bevölkerung geführt. Sozialdemokratische Parteien waren entweder hilflos oder unwillig auf diese Herausforderungen zu antworten. In einigen europäischen Ländern war dies das Einfallstor für den Erfolg populistischer Parteien. Die Aufgabe lautet daher: »develop a policy response that is both politically responsible and faithful to the humanist values of Social Democracy and also focuses on both integration and control« (Pfaller 2009). Die Annahme dieser Herausforderung wird noch mehr an Bedeutung gewinnen, da Migration in der Zukunft eine wichtige Rolle spielen wird, sogar – wie der nächste Absatz zeigt – spielen muss.

Weniger im Fokus der Debatte, aber mit zentraler Bedeutung für die zukünftige Entwicklung von Arbeitsmarkt, Sozialsystemen und Wirtschaft ist die *demografische Entwicklung* und damit verknüpft die Frage nach der *Generationengerechtigkeit*. Die europäische Gesellschaft ist eine alternde Gesellschaft. Die Europäische Kommission geht in ihrem letzten *Demography Report*¹⁹ von einer Geburtenrate von 1,5 Kindern pro Frau (*total*

period fertility indicator) aus. Für eine gleichbleibende Bevölkerungszahl wäre eine Rate von 2,1 Kindern pro Frau nötig. Gleichzeitig steigt weiterhin (erfreulicherweise) die Lebenserwartung.²⁰ Das Berlin-Institute for Population and Development²¹ weist darauf hin, dass aufgrund der demografischen Struktur der Alterungsprozess in Europa noch 30 bis 40 Jahre andauern wird. Trotz Migration ist ein weiteres Anwachsen der europäischen Bevölkerung unwahrscheinlich. Der bevorstehende Schrumpfungsprozess wird enorme Auswirkungen auf alle Wirtschafts- und Lebensbereiche haben. Die Frage nach der Generationengerechtigkeit wird deshalb immer mehr in den Vordergrund treten. Bereits jetzt zeichnen sich in Umfragen Verteilungskonflikte zwischen demografischen Gruppen ab. Laut einer Studie des Max-Planck-Instituts für demografische Entwicklung besteht in Deutschland mit zunehmendem Alter der verstärkte Wunsch nach einem Rentensystem, welches die jüngere Generation stärker belastet und nach einer weniger familienfreundlichen Politik. Aber auch Kinderlose im Gegensatz zu Eltern wünschen sich weniger Unterstützung für Familien (Wilkoszewski 2009). Auch hier stellt sich für die Sozialdemokratie die Frage, wie eine sozial gerechte Antwort auf die Herausforderung des demografischen Wandels aussehen kann. Wie kann der Wohlfahrtsstaat an die Ergebnisse der Demografiestudien angepasst werden, ohne der oben beschriebenen Entsolidarisierung weiter Vorschub zu leisten?

3.) Die *Erosion der Demokratie*²² gehört inzwischen zum Allgemeingut der politischen Debatte. Ausgelöst durch die Untersuchung des Instituts Polis/Sinus für die Friedrich-Ebert-Stiftung, nach der jeder dritte Deutsche nicht mehr daran glaube, dass die Demokratie noch die gesellschaftlichen Herausforderungen lösen könne (Embacher 2009), weisen immer neue Untersuchungen und Erhebungen auf die Krise der Demokratie hin. 1979 beteiligten sich 61,99 Prozent der Stimmberechtigten an den Europawahlen. Seit dem sind die Zahlen kontinuierlich gesunken. 1999 nahmen erstmalig weniger als

¹⁷ So Frans Becker und René Cuperus in ihrem Beitrag in der IPG 4/2010. Siehe aber auch Hillebrand 2009 und Pfaller 2009.

¹⁸ In der Europäischen Union wurde nach Angaben der Europäischen Kommission in den letzten 20 Jahren eine jährliche Nettozunahme von ca. 500 000 Migrantinnen und Migranten verzeichnet. Diese Zahlen haben sich seit 2002 auf 1,6 bis zwei Millionen Menschen pro Jahr verdreifacht. Drei Viertel der Nettomigration in der EU konzentriert sich auf die Länder Spanien, Italien und Großbritannien (European Commission 2008).

¹⁹ Ebd.

²⁰ Nach dem *Demography Report* können Frauen in der EU-27 mit einer Lebenserwartung von 81,5 Jahren rechnen, Männer haben eine Lebenserwartung von 75,2 Jahren. Allerdings besteht gerade bei Männern ein großer Ost–West Unterschied. In Zentral- und Osteuropa werden Männer durchschnittlich zwischen 65 und 70 Jahre alt, in den EU-15 Ländern liegt der Schnitt bei über 76 Jahren (Commission of European Communities 2008).

²¹ Siehe hierzu Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung unter <http://www.berlin-institut.org/>.

²² So der Titel des Vorgänger-Hefts Nr. 190 (Juni 2010).

die Hälfte der Wahlberechtigten an den Wahlen teil. Bei den Europawahlen 2009 wurde der bisherige Tiefstand von 43 Prozent erreicht (Europäisches Parlament 2010).

In der demokratischsten Region der Welt²³ ist das Vertrauen in die Demokratie als Form der Meinungs- und Entscheidungsbildung sowie der allgemeine Glaube an politische Gestaltbarkeit im Interesse des Allgemeinwohls immer mehr im Schwinden begriffen. Colin Crouch (2008) hat für diese Situation der »Langeweile, Frustration und Desillusionierung« den Begriff der *Postdemokratie* geprägt. Während er die Ursache für den Niedergang der Demokratie »in dem Ungleichgewicht zwischen der Rolle der Interessen der Unternehmen und denen aller übrigen Gruppen der Gesellschaft« sieht, verweisen andere auf die Globalisierung oder die ungenügende Ressourcenausstattung des Staates, um die Versprechen des Wohlfahrtsstaates einzulösen.

Es ist Aufgabe einer sozialdemokratischen Politik, sich diesem Trend entgegenzustellen und sich für eine Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen in die politische Entscheidungsfindung einzusetzen. Dies beginnt bei den eigenen Parteistrukturen und reicht über ausbaubare Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Gruppen und neuen sozialen Bewegungen bis hin zur Stärkung direktdemokratischer Elemente, wobei auch unkonventionelle Ansätze, wie Participatory Budgeting by Citizens oder zusätzliche Stimmen für Familien mit Kindern, wie u. a. im *Green Paper zur Zukunft der Demokratie in Europa* vorgeschlagen (Schmitter/Trechsel 2005), ernsthaft geprüft werden sollten.

Letztendlich geht es darum, Politik wieder als ein Mittel zur positiven Gestaltung des sozialen Lebens begreifbar und erlebbar zu machen. Werner A. Perger spricht mit Blick auf die letzten Präsidentschaftswahlen in den USA von einem *Populismus der Aufklärung*. Dabei handelt es sich um eine »permanente populistische Doppelstrategie bestehend aus Aufklärung und Durchsetzung [des politischen Programms]« (Perger 2008). Inwieweit dies Barack Obama nach seiner Wahl gelungen ist, sei dahingestellt. Vielleicht lohnt sich hier aber ein Blick weiter südlich nach Lateinamerika, wo verschiedenen linken und progressiven Bewegungen die Repolitisierung

²³ Unter den Top Ten der Demokratie-Rankliste der österreichischen Democracy Ranking Association befinden sich gleich neun europäische Länder (Cambell et al. 2010). Weitere Hinweise zur Messung der Qualität von Demokratie finden sich u. a. bei Marc Bühlmann et al. (Bühlmann et al. 2008).

des gesellschaftlichen Diskurses anscheinend gelungen ist.²⁴

Sozialdemokratische Politik macht glücklich

Die von der Sozialdemokratie erwarteten Antworten auf die als Bedrohung empfundene soziale, kulturelle und politische Verunsicherung sollten im Idealfall wichtige Bestandteile einer neuen sozialdemokratischen Erzählung bilden. Soziale und wirtschaftliche Sicherheit, gesellschaftliche Anerkennung und Zusammenhalt sowie demokratische Teilhabe erfüllen keinen Selbstzweck. Politik, Gesellschaft und Wirtschaft sind vielmehr gefragt, einen Beitrag zur Lebenszufriedenheit, zur Selbstverwirklichung und zum Glück der jeweiligen Bevölkerung zu leisten. Statt nur am individuellen Fortkommen interessiert zu sein, gilt es dabei zudem das »Wir-Gefühl« mit in den Blick zu nehmen. Tony Judt²⁵ plädierte zu Recht für eine Neuentdeckung der »ethischen Sicht auf das, was eine gute Gesellschaft ausmacht, und was ein legitimer Weg ist, dies zu verfolgen und was nicht«.

Die *dbresearch*, der *think tank* der Deutschen Bank, identifizierte 2007 in einer Studie hohes Vertrauen in die Mitmenschen, niedrige Korruption, niedrige Arbeitslosigkeit, hohes Bildungsniveau und hohes Einkommen als zentrale Indikatoren für die glücklichen Varianten des Kapitalismus.²⁶ Nicht immer ideologiefrei definierte der *think tank* zugleich noch ein paar unterstützende Kategorien wie hohe Beschäftigungsquote Älterer, kleine Schattenwirtschaft, hohe wirtschaftliche Freiheit, niedriger Arbeitsplatzschutz und eine hohe Geburtenrate. Die international vergleichende Studie von Wilkinson und Pickett (2009) belegt mit statistischen Daten, dass Staaten mit größerer Gleichheit über eine gesündere, zufriedenerere und glücklichere Gesellschaft verfügen.

Das Ziel sozialdemokratischer Politik könnte daher die Maximalisierung des Glücks darstellen.²⁷ Greift man

²⁴ Siehe hierzu den Beitrag von Agustín Canzani in der IPG 4/2010.

²⁵ Gespräch mit Tony Judt: »Eine neu zum Leben erweckte Sozialdemokratie«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Nr. 6/2010, 60.

²⁶ Zu den Glücklichen dürfen sich zählen: Schweden, Norwegen, Dänemark, die USA, Australien, die Schweiz, Großbritannien, Kanada, die Niederlande und mit etwas Abstand Finnland und Neuseeland. (Deutsche Bank Research 2007).

²⁷ Zur Messung des Erfolgs sozialdemokratischer Politik könnten dabei die Ansätze zur Erforschung der Lebensqualität, die individuelle, ökonomische, soziale, politische und ökologische Kategorien beinhalten, hilfreich sein. Siehe z. B. den Wellbeing Index des Australian Centre on Quality of Life unter <http://www.deakin.edu.au>

noch auf andere Untersuchungen²⁸ zurück, können folgende gesellschaftliche Glücksfaktoren genannt werden:

- die politische und gesellschaftliche Grundordnung im Sinne von politischer Stabilität, Rechtsstaatlichkeit, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit
- steigende Einkommen (oberhalb eines bestimmten Niveaus nimmt der Effekt jedoch deutlich ab!)
- ein höherer Gleichheitsgrad
- Gesundheit
- Beschäftigung (d. h. Arbeit statt Transferzahlungen!)
- die Qualität der Demokratie.

Schritt drei »Handlungs- und Mehrheitsfähigkeit«: Erfolgreiches Management der Aufgabenvielfalt

Der letzte und sicherlich schwierigste Schritt ist die Umsetzung der gezogenen Lehren in konkrete politische Angebote mit dem Ziel der Wiedergewinnung einer gesellschaftlichen Mehrheit für eine sozialdemokratische Politik. Entscheidend für politische Erfolge ist dabei die Gesamtaufstellung einer Partei. Neben der oben behandelten notwendigen programmatischen Erneuerung in Form einer klaren sozialdemokratischen Erzählung, in der sich die mittelfristigen politischen Ziele, die gesellschaftliche Basis und die politischen Kernkompetenzen und inhaltlichen Stärken spiegeln, sind auch weitere Faktoren wichtig, wie

- eine glaubwürdige und überzeugungsstarke politische Führung auf der Basis eines lebendigen, demokratischen Parteilebens, die auch in der Lage ist, aus vorherigen Regierungsperioden zu lernen und sich im Amt zu erneuern
- der über die politische Kultur und das Wahlsystem vermittelte Handlungsspielraum gegenüber den anderen politischen Parteien
- eine handwerklich gut ins Werk gesetzte, materiell gehaltvolle wie kommunikativ gut vermittelte Leistungsbilanz (bzw. in Oppositionszeiten der Nachweis, dass der Regierungspartei dieses nicht gelungen ist)

²⁸ Neben *dbresearch* und *Wikinson/Picket* wären dies der Psychologe Mihaly Csikszentmihalyi (*flow*-Erleben), der der Labour Party nahestehende Wirtschaftswissenschaftler Lord Richard Layard (etwa *Happiness: lessons from a new science*, Penguin UK 2005 oder *Happiness and public policy*, *Economic Journal* 116, C24–C33).

- das Vermögen, strategische Partner (wie vor allem die Gewerkschaften) auf der Grundlage eines kritischen Diskurses einzubinden und für sich zu mobilisieren und
- die Notwendigkeit, im Zeichen der Globalisierung die nationalen Überlegungen in eine europäische, internationale Strategiebildung einzubetten.

Dabei reicht es nicht, nur an einigen dieser »Stellschrauben« zu drehen, also in einigen Bereichen gut aufgestellt zu sein. Erzählung, Führung, Handlungsspielraum, Leistungsbilanz, Partnerschaften sowie Europa- und Globalisierungsstrategie müssen ein stimmiges Gesamtbild ergeben. Dies ist momentan bei den wenigsten sozialdemokratischen Parteien in Europa der Fall. Notwendig ist also ein Management der Vielfalt der Aufgaben, damit die Bewegung der sozialen Demokratie zukünftig wieder zur führenden Kraft in Europa werden kann:

Tragfähige Erzählungen im Zeichen von allseitiger strikter staatlicher Sparpolitik

Zentral für zukünftige Erfolge der Sozialdemokratie ist eine angemessene sozialdemokratische Erzählung, die indes über den Identitätskern sozialer Gerechtigkeit hinausgeht und auch auf anderen politischen Feldern auf der Höhe der Ideeninnovation sein muss.

Leichter gesagt als getan: Im Zeichen des Krisenzyklus – zuerst Finanzkrise, dann Wirtschafts- und jetzt Staatshaushaltskrise – dürfte das aus chronisch gewordenen Defiziten und dramatisch gestiegener Staatsverschuldung resultierende Regime der Austerität die beherrschende Rahmenbedingung wohlfahrtsstaatlicher Politik in den nächsten Jahren sein. Die aufzulösenden Dilemmata:

- Sozialdemokratische Politik hängt mit von staatlicher, vor allem finanzpolitischer Handlungsfähigkeit ab – höhere Defizite mögen deshalb kurz- bis mittelfristige Resultate eines aktiven Staates sein, engen später die Gestaltungsspielräume jedoch ein. Deshalb ist Staatsverschuldung unter langfristiger Perspektive eigentlich kein Ausweis guter sozialdemokratischer Wirtschafts- und Finanzpolitik.
- Konservative Regierungen können demgegenüber langfristig mit Defiziten und hohen Staatsschulden viel besser leben (Wagschal 1996). Liefern Defizite doch gute Argumente gegen ausufernde wohlfahrtsstaatliche Politiken – Steuererhöhungen sind

natürlich tabu, würden sie doch zulasten der eigenen Klientel gehen. Die Zinsen auf die Staatsschuld bringen dagegen sichere Renditen für die einkommensstärkeren Schichten.

- Die hohen staatlichen Verbindlichkeiten aus systemrelevanten Bankenfreikäufen und unvermeidlicher Konjunkturanfälligkeit der beiden letzten Jahre haben zur Verschärfung der ohnehin zu beobachtenden chronischen Fiskaldefizite beigetragen. Es steht deshalb zu befürchten, dass die fiskalische Austeritätsrhetorik über Jahre hinaus den wirtschafts- und sozialpolitischen Reformdiskurs bestimmen wird.²⁹

Die absehbaren politischen Folgen: Politik in Zeiten der Austerität verschiebt Gesellschaftsgestaltung hin zur Verteidigung von Besitzständen, worauf Politik versucht, mit einem effektiven Erwartungsmanagement zu reagieren, d. h. Gefahr läuft, schlecht organisierte Interessen weniger zu berücksichtigen und notwendige Ausgaben für zukunftssträchtige Innovation zu beschneiden. Sollen Gestaltungsräume offen gehalten werden, bleibt sozialdemokratischer Fiskalpolitik nur der Weg über die Erhöhung der Staatseinnahmen. Dabei scheinen Gebührenerhöhungen für staatliche Leistungen schon aller Orten auf dem Vormarsch zu sein – der Bürger wird zum Kunden des Staates. Sozialdemokraten müssen indes weitergehen, als es in diesem eingeschränkten Gemeinschaftsverständnis zum Ausdruck kommt. Zu einer steuerlichen Mehrbelastung für einkommensstarke Schichten und vor allem der Vermögensbesitzer (im skandinavischen Sinne) gibt es keine Alternative.

Erfolgreicher Glaubwürdigkeitshürdenlauf:
Politische Führung mit Strahlkraft,
Lernfähigkeit beweisen, offene und
lernfähige Parteiorganisationen schaffen

Je länger eine Partei regiert oder mitregiert, desto wichtiger wird ihre Fähigkeit, sich im Amt zu erneuern und glaubwürdig vergangene Regierungsaktivitäten aufzuarbeiten. Schwierig wird es, wenn neue politische Agenda und bisherige Positionierung auseinanderfallen, insbesondere wenn der Spagat zwischen (vermeintli-

²⁹ Eine interessante Entwicklung des deutschen Falls, wo das fiskalische Austeritätsregime quasi Verfassungsrang habe und auf dem Weg sei, die Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes de facto außer Kraft zu setzen, liefern Wolfgang Streeck und Daniel Mertens: Politik im Defizit. Austerität als fiskalpolitische Regime. *MPIfG Discussion Paper*, May 2010.

cher) Sachzwangpolitik und programmatischer Identität zu groß wird. Positionswechsel sind dann ohne Glaubwürdigkeitsverlust nur schwer zu meistern. Oftmals hilft dann nur ein Führungswechsel – manchmal vermögen indes sogar mehrere Neubesetzungen keinen Neuanfang zu vermitteln, wie das Beispiel der diversen SPD-Vorsitzendenwechsel der letzten Jahre zeigte.

Altbundeskanzler Helmut Schmidt sieht Europa zurzeit weitgehend als führungslos.³⁰ Leider bilden die Sozialdemokraten in dieser Hinsicht keine rühmliche Ausnahme. Es fehlt nicht nur ein politisch-programmatischer Dreh- und Angelpunkt, sondern es fehlen auch die dazugehörigen Führungspersönlichkeiten, die mit Strahlkraft ausgestattet Meinungsführerschaft in Europa ausüben könnten.³¹

Erfolgreiche und charismatische Politiker der Linken sind rar geworden. So scheint der Stern von Spaniens Ministerpräsident Zapatero im Zeichen der Finanzkrise inzwischen zu sinken. Aber auch außerhalb Europas sieht es nicht viel besser aus. Barack Obama verspürt zunehmend, wie schwer es ist, die im Wahlkampf geweckten Erwartungen in konkrete politische Projekte umzusetzen. Dem Australier Kevin Rudd gelang es zwar im Dezember 2007 die Sozialdemokraten wieder an die Regierung zu bringen, wahlentscheidend war allerdings die Unzufriedenheit der Bürger mit der Umwelt- und Außenpolitik des Konservativen John Howard, der Australien über ein Jahrzehnt mit einer Koalition aus Liberalen und Nationalisten regiert hatte (Scott 2009). Inzwischen wurde der einstige sozialdemokratische Hoffnungsträger Kevin Rudd in einer innerparteilichen Nacht- und Nebelaktion durch Julia Gillard ersetzt, die aber ebenso mit sinkenden Umfragewerten zu kämpfen hatte und bei den kurzfristig anberaumten Parlamentswahlen keine absolute Mehrheit gewinnen konnte .

Eine solchermaßen von Medien und Umfragewerten getriebene Personalpolitik dürfte dem Wahlbürger nur schwer verständlich zu machen sein. Sehnt sich der Wähler doch nach Konstanz, politischer Intelligenz, Entscheidungsfähigkeit, Glaubwürdigkeit und Handlungswillen seiner Repräsentanten. Der Zuspruch, den der Bundespräsidentenkandidat Joachim Gauck in der deutschen Öffentlichkeit erhielt, zeugt zudem von der

³⁰ Siehe hierzu Interview im NDR am 4.8.10, Vorabbericht in euractiv 2.8.10, Rubrik Wahlen und Macht.

³¹ Warum und wie sich dies ändern wird, ist den zehn Thesen von Poul Nyrup Rasmussen in dieser Ausgabe der IPG zu entnehmen.

Sehnsucht der Bevölkerung nach authentischen Kandidaten, die in ihrer Vita nicht nur eine Politikerlaufbahn vorzuweisen haben. Politische Parteien müssen sich daher wieder vermehrt der Frage stellen, wie sie es schaffen, interessante und vielseitige Kandidatinnen und Kandidaten für politische Ämter anzubieten. Anwerbung und Aufbau von Parteimitgliedern, Angebote für Quereinsteiger sowie Mitgliederabstimmungen über Spitzenkandidaten sind daher mögliche Optionen, die zukünftig an Bedeutung gewinnen werden.³²

Handlungsspielräume im Parteienwettbewerb schaffen

In den Ländern mit Verhältniswahlrecht haben sich die Parteienlandschaften zusehends aufgefächert. Ein fünf- bis sechsteiliges Parteienspektrum mit ein oder zwei konservativen Parteien, je einer liberalen und ökologischen Bewegung sowie einer Partei links von den Sozialdemokraten spiegelt europäische Normalverhältnisse. Damit sind Regierungskonstellationen immer schwieriger vorherzusagen und auch das taktische Wählen (etwa in Ländern mit Erst- und Zweitstimme wie in Deutschland) kommt an seine Grenzen. Vor allem in den mittelosteuropäischen Ländern haben zudem rechtspopulistische Parteien Einzug in die Parlamente gehalten (Bauer 2010).

Absolute Mehrheiten sind immer seltener. Selbst in Großbritannien, dem europäischen Stammland des Mehrheitswahlsystems gibt es seit Mai 2010 eine Koalition. Regierungsbildung unter Führung oder mit Beteiligung einer sozialdemokratischen Partei ist zukünftig zumeist nur über Koalitionen möglich – es sei denn, Teil der politischen Kultur ist die Duldung von Minderheitskabinetten. Nicht nur in Deutschland ist eine Debatte über die Zukunft der ehemals großen Volksparteien entbrannt. Als »Volkspartei« gilt zukünftig die politische Gruppierung, die es schafft – meist in einem gemeinsamen Lager – andere Parteien etwa in Form einer Koalition zumindest zeitweise an sich zu binden und so eine Regierungsmehrheit zu bilden.³³ Die rot-rot-grüne Regierung unter dem Sozialdemokraten Jens Stoltenberg³⁴ ist dafür ein erfolgreiches aktuelles Beispiel, an

³² Siehe hierzu die Studie zu Organisationsidentität sozialdemokratischer Parteien in Europa von Matthias Micus et al., Friedrich-Ebert-Stiftung (im Erscheinen).

³³ Für die deutsche Debatte nach der Bundestagswahl 2009 vgl. das Schwerpunktheft »Das Ende der Volksparteien?« des Forschungs-journals *Neue Soziale Bewegungen* (Nr. 1/2010) und hier insbesondere den Beitrag von Joachim Raschke/Ralf Tils.

³⁴ Siehe die Analyse zu Norwegen von Biermann/Kallset in *IPG* 4/2010.

dem sich auch die schwedischen Sozialdemokraten in ihrem Wahlkampf orientieren.

Auch wenn das Wahlsystem einen großen Einfluss auf die Ausgestaltung des jeweiligen Parteiensystems hat, so hat dennoch jede Partei durch Kooperationen sowie programmatische Abgrenzungen die Möglichkeit, im Wettstreit ihre Handlungsspielräume zu verteidigen oder gar auszuweiten. Dennoch erschienen sozialdemokratische Parteien in den letzten Jahren bei der Besetzung von politischen Sachthemen eher als »Getriebene«.

Kommunikation und Leistungsbilanz

Politik wird nicht nur gemacht, sie muss auch erklärt werden. Dies gilt besonders für sozialdemokratische Lösungsansätze, die sowohl sozial gerecht als auch wirtschaftlich vernünftig sein sollen. Dieser Kommunikationsaufgabe sind sozialdemokratische Regierungen in der Vergangenheit nicht immer nachgekommen.

Das Lamentieren, das vernünftige politische Entscheidungen nur ungenügend vermittelt wurden, bringt nicht weiter. Zum politischen Handwerk gehört neben seiner Umsetzung eben auch das Werben für und das Erklären von politischen Programmen. Wichtig ist es dabei, eine eigene angemessene Sprache und eigene Begrifflichkeiten zu finden, um sich von den politischen Konkurrenten abzusetzen. Die Wähler wollen dabei nicht nur über den Kopf, sondern mit den richtigen Worten auch über das Herz angesprochen werden. »We vote with our hearts, not our minds« – in Kreisen der US-Demokraten machte der studierte Psychologe und Politikberater Drew Westen im letzten Präsidentschaftswahlkampf mit seinem Buch *The Political Brain* Furore (Westen 2007).³⁵ Ideen gäben zwar die Richtung vor, das Ansprechen wertgebundener Emotionen bringe die Wähler jedoch erst zum Handeln. Doch Achtung, mit guten Slogans alleine ist es nicht getan: »Eine politische Kommunikation der kognitiven Transparenz zu führen bedeutet, sich als Partei die eigenen grundlegenden Wertevorstellungen und verinnerlichten Denkmuster bewusst zu machen, um dann einzelne Vorhaben in dieses Wertesystem einordnen und entsprechend kommunizieren zu können« (Wehling 2009).

³⁵ In eine ähnliche Richtung argumentieren George Lakoff und Elisabeth Wehling (vgl. Lakoff 2010; Wehling 2010).

Doch die beste Kommunikation richtet nichts aus, wenn nicht auch die Leistungsbilanz vorzeigbar ist. Aus der Sicht sozialer Demokratie fallen im Leistungsvergleich mit Blick auf soziale Gerechtigkeit die Ergebnisse unterschiedlich aus: Die nordischen Länder haben hier im Rückblick auf die letzten beiden Jahrzehnte eindeutig »die Nase vorn«, die kontinentaleuropäischen Modelle haben Reformbedarf.³⁶ In den letzten beiden Krisenjahren hat der rheinische Kapitalismus indes wieder an Reputation gewonnen, zeigte er sich doch mit seinen automatischen wohlfahrtsstaatlichen Stabilisatoren als krisenfester als so manch andere vermeintlich modernere Ordnung (Abelshauer 2008).

Strategische Partner

Für die sozialdemokratischen Parteien sind die Gewerkschaften in der Regel schwierige, aber strategisch die wichtigsten Partner. Indes befinden sie sich selbst in schwierigem Fahrwasser und verlieren stetig an Mitgliedern. Im Zeichen von Herausforderungen in den Bereichen Tarifpolitik, Organisationswesen und Mitgliederrekrutierung stehen sie heute unter Druck und Profilierungszwang, was das Reservoir ihrer Gemeinsamkeiten mit sozialdemokratischen Parteien vermeintlich einschränkt und weniger Kompromisse möglich macht. Mehr noch drohen die Milieus gemeinsamer Organisationszusammenhänge sich aufzulösen: weniger doppelte Mitgliedschaften, weniger hochrangige Gewerkschaftsvertreter in den Parlamenten, weniger sozialdemokratische Abgeordnete, die auch eine Gewerkschaftszugehörigkeit haben. Allenfalls in den nordischen Ländern kann man noch studieren, wie eng die Organisationszusammenhänge sein können. Über den Verbund SAMAK³⁷ etwa stehen die nordischen sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften in einem engen Diskussionsverbund. Die letzten Wahlen in Schweden haben jedoch deutlich gemacht, dass diese strategische Allianz ein notwendiges, jedoch keines-

³⁶ Siehe vor allem die Ergebnisse von Wolfgang Merkel et al. sowie Thomas Meyer, der aufbauend auf Länderstudien zu Schweden, Großbritannien, Niederlande, Deutschland, USA und Japan Unterscheidungsmerkmale zwischen »libertärer« und sozialer Demokratie liefert und Indikatoren für die Messung sozialer Gerechtigkeit entwickelt (Merkel et al. 2007, Meyer 2006).

³⁷ Das Sekretariat befindet sich in Kopenhagen. Der derzeitige Präsident ist der norwegische Ministerpräsident und Vorsitzende der Norwegischen Arbeiterpartei Jens Stoltenberg (<http://socialdemokraterne.dk/default.aspx?site=samak>). Einblick in den noch immer engen Arbeitszusammenhang zwischen der schwedischen SAP und der LO gibt Håkan A. Bengtsson (2008).

wegs mehr ein hinreichendes Mittel zum Gewinnen von Wahlen ist.

Globalisierung regieren

Es ist eine zentrale Herausforderung für die Sozialdemokratie, Vorschläge zur Steuerung der Globalisierung zu machen. Deutsche (69 Prozent) und Europäer (61 Prozent) sind überzeugt, dass Globalisierung eine Chance für wirtschaftliches Wachstum darstellt, aber gleichzeitig sind sie der Ansicht, dass Globalisierung soziale Ungleichgewichte verstärken wird. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben die Überzeugung der Deutschen (85 Prozent) und Europäer (74 Prozent) bekräftigt, dass der Prozess der Globalisierung nicht weiter ungesteuert ablaufen darf, sondern einer internationalen Regulierung (*worldwide governance*) bedarf (European Commission 2010a). Globalisierung und die internationalen Risikoentwicklungen sind ein fester Bestandteil unseres Wirtschaftslebens geworden, aber noch kein fester Bestandteil der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik.³⁸ Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat gezeigt, dass die finanzielle Globalisierung, die der Welt im Durchschnitt sicherlich mehr Wohlstand und Wachstum ermöglicht hat, zumindest zeitweilig Opfer ihres eigenen Erfolgs geworden ist. Die Industrienationen sehen sich heute mit der Frage konfrontiert, ob ihre gemeinsame Regierungs-, Regulierungs- und Kooperationskapazität noch ausreicht, um Exzessen des von ihnen geschaffenen Phänomens freier Kapitalflüsse einigermaßen Herr werden zu können. Besonders dringlich stellen sich diese Fragen im europäischen Kontext. Die wirtschaftspolitische Einigung Europas ist auf halbem Weg stehen geblieben. Es war ein fundamentaler Irrglaube, dass mit der Einführung des Euros ein Ziel, ein Endpunkt erreicht wurde. Gefragt ist eine europäische Governance, die Sozial- und Wirtschaftspolitiken substantiell koordiniert (d. h. die mehr ist als die informelle Methode der Koordinierung).

Bei der Berücksichtigung eines europäischen Horizontes tun sich nicht nur viele sozialdemokratische Parteien noch schwer. Jürgen Habermas sah jüngst die Bändigung des Kasino-Kapitalismus am Kleinmut der nationalen Regierungen scheitern, am vorauseilenden Verzicht auf eine internationale Zusammenarbeit, die sich

³⁸ Stellvertretend für die diversen Risiko- und Trendanalysen hier nur der auf Europa bezogen Hinweis auf das jährlich erscheinende »Europe & Risk. A Global Risk Network Briefing« vom *World Economic Forum*.



zum Ziel setzt, die fehlenden Handlungskapazitäten aufzubauen – weltweit, in der EU und zunächst einmal innerhalb der Euro-Zone (Habermas 2010). Wir brauchen mehr »europäischen Mut« für Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung im Allgemeinen und der aktuellen Finanzkrise im Besonderen. Die soziale Demokratie muss sich daher nicht nur in Reden und Programmatik pro-europäisch, sondern auch mit ihrem konkreten Gestaltungswillen auf europäischer Ebene präsentieren.

Fazit

Auch der längste Weg beginnt mit dem ersten Schritt. Die Sozialdemokratie in Europa befindet sich erst am Anfang des Wiederaufstiegs. Die Aufarbeitungsarbeit zum Dritten Weg zeigt dabei deutlich, dass teilweise noch nicht einmal die Phase der selbstkritischen Analyse der eigenen Regierungszeit abgeschlossen ist. Andererseits hat bereits die Arbeit an der Neuaufstellung der Sozialdemokratie begonnen. Die Ansätze und Überschriften für eine neue Erzählung mögen noch recht unterschiedlich sein, die als zu bearbeiten identifizierten Themen, wie u. a. Solidarität, Demokratie oder ein neues sozioökonomisches Paradigma, sind in den verschiedenen Prozessen oftmals die gleichen. Daher wird es in den kommenden Monaten auch darum gehen, die verschiedenen nationalen und bilateralen Überlegungen zur Zukunft der Sozialdemokratie zusammenzuführen. Gerade die Herausforderungen auf der globalen Ebene sowie die Notwendigkeit eines einheitlichen euroapolitischen Ansatzes der Sozialdemokratie zwingen zu einem gemeinsamen Verständnis der Krise und ihrer Lehren.

Literatur

- Abelshauer, Werner** (2008): Zurück zum »Rheinischen Kapitalismus«?. Interview mit der Tagesschau am 8.10.2008. URL: <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/bankenkrise118.html> (besucht am 19.08.2010). Ausführlicher in: Aus Wirtschaftskrisen lernen – aber wie? Krisenszenarien im Vergleich, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 57 (2009), Heft 4, S. 467–483.
- Australian Centre on Quality of Life** (2010): Wellbeing Index des Australian Centre on Quality of Life (<http://www.deakin.edu.au/research/acqol/index.php> (besucht am 19.08.2010).
- Bengtsson, Hakan A.** (2008) : Nordische Erfahrungen. FES, Internationale Politikanalyse, November 2008. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05862.pdf> (besucht am 18.08.2010).
- Bauer, Werner T.** (2010): Rechtspopulismus in Europa. Vergängliches Phänomen oder auf dem Weg zum politischen Mainstream?, FES Internationale Politikanalyse. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07293.pdf> (besucht am 18.08.2010).
- Berlin Institute für demografische Entwicklung** (2010): Europes Demographic Future. URL: <http://www.berlin-institut.org/> (besucht am 18.08.2010).
- Bühlmann, Marc/Merkel, Wolfgang/Wessels, Berhard** (2008): The Quality of Democracy. Democracy Barometer for Established Democracies. National Center of Competence in Research, Working Paper No. 10a, 20.3.2008.
- Campbell, David F. J./Pötzlbauer, Georg** (2010): The Democracy Ranking 2009 of the Quality of Democracy. URL: <http://www.democracyranking.org/en/ranking.htm#ranking09>. (besucht am 18.08.2010).
- Commission of European Communities** (2008): Commission Staff Working Dokument: Demography Report 2008. Meeting Social Needs in an Ageing Society, Brussels. <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=709&langId=en> (besucht am 16.08.2010)
- Crouch, Colin** (2008): Postdemokratie, Frankfurt a. M., Suhrkamp Verlag.
- Cruddas, Jon/Nahles, Andrea** (2010): Building the Good Society. URL: <http://www.social-europe.eu/wp-content/uploads/2009/12/goodsocietyenglish.pdf> (besucht am 18.08.2010).
- Dahrendorf, Ralf** (1983): Die politisch-kulturelle Herausforderung Europas – ein Weg zur Erneuerung der Industriegesellschaft. Hamburg, Edition Körber-Stiftung.
- Deutsche Bahn research** (2007): The happy variety of capitalism. URL: http://www.dbresearch.com/PROD/DBR_INTERNET_EN-PROD/PROD000000000209864.pdf (besucht am 19.08.2010).
- Embacher, Serge** (2009): Demokratie! Nein danke? Demokratieverdruss in Deutschland. Bonn, Dietz-Verlag.
- European Commission** (2008): Demography Report (2008):Meeting Social Needs in an Ageing Society. URL: <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=708&langId=en> (besucht am 18.08.2010).
- European Commission** (2010a): Eurobarometer 72. Oktober bis November 2009. URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_en.htm (besucht am 18.08.2010).
- European Commission** (2010b): Eurobarometer 69. URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb69/eb_69_first_en.pdf (besucht am 18.08.2010).
- European Commission** (2010c): Soziale Wirklichkeit in Europa. URL: http://ec.europa.eu/citizens_agenda/social_reality_stocktaking/docs/background_document_de.pdf (besucht am 18.08.2010).
- Euronet** (2010): Der endlose Kampf gegen Armut. URL: <http://www.euranet.eu/ger/Archiv/Actualites/German/2010/January/Der-endlose-Kampf-gegen-Armut> (besucht am 19.08.2010).
- Europäisches Parlament** (2010): Elections 2009. URL: http://www.europarl.europa.eu/parliament/archive/elections2009/de/turnout_de.html (besucht am 18.08.2010).
- Fix, Liana** (2010): Gleichheit ist Glück. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07300.pdf> (besucht am 18.08.2010).
- Foundation for European Progressive Studies** (2010): URL: <http://www.feps-europe.eu/index.php?id=8> (besucht am 18.08.2010).
- Friedrich-Ebert-Stiftung** (2010): Monitor für Soziale Demokratie. URL: <http://www.fes.de/ipa/inhalt/monitor.php> (besucht am 18.08.2010).
- Friedrich-Ebert Stiftung** (2009): Studie zu Demokratieentfremdung und Wahlverhalten. URL: http://www.fes.de/inhalt/Dokumente_2008/Zusammenfassung_Studie_GPI.pdf (besucht am 18.08.2010).
- Fundacion Ideas** (2010): The liberal renewal of social democracy. URL: http://www.fundacionideas.es/sites/default/files/pdf/La_renovacion_liberal_de_la_socialdemocracia_english_version.pdf (besucht am 18.08.2010).

- Gabriel, Sigmar** (2009): Rede des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf dem SPD-Bundesparteitag in Dresden. URL: http://www.spd.de/de/pdf/091113_rede_gabriel_bpt09.pdf (besucht am: 18.08.2010).
- GfK** (2009): Challenges of Europe. URL: <http://www.bildungsspiegel.de/aktuelles/umfrage-wirtschaftskrise-bestimmt-sorgen-der-europaeer.html?Itemid=262> (besucht am 18.08.2010).
- Giddens, Anthony** (1998): *Third Way. Renewal of Social Democracy*. Cambridge, Polity Press.
- Habermas, Jürgen** (2010): Wir brauchen Europa! In: *Die Zeit* (27.05.2010). URL: <http://www.zeit.de/2010/21/Europa-Habermas> (besucht am 19.08.2010).
- Hans-Böckler-Stiftung** (2010): Armut in Europa. Deutschland im Mittelfeld. URL: <http://www.boeckler-boxen.de/2361.htm> (besucht am 18.08.2010).
- Hegewald, Ulrike/Schmitt, Lars** (2009): Die Deutschen vor der Europawahl 2009. URL: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2009/23-24/Beilage/002.html> (besucht am 19.08.2010).
- Hillebrand, Ernst** (2009): A society of empowered citizens. Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internat. Policy Analysis. <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06910.pdf> (besucht am 18.08.2010).
- Infratest dimap** (2009) : WahIREPORT. URL: http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/EU_0906_Wahlreport_II_Leseprobe.pdf (besucht am 18.08.2010).
- Jean Jaurès Foundation** (2010): Les nouvelles promesses de la social-démocratie européenne. URL: <http://www.jean-jaures.org/Manifestations/Les-rencontres/Les-nouvelles-promesses-de-la-social-democratie-europeenne> (besucht am 18.08.2010).
- Kreisky Forum** (2010): The only way to renew European social democracy. URL: http://www.kreisky-forum.org/web_deutsch/veranstaltungen_rueckblick.htm (besucht am 18.08.2010).
- Judd, Tony** (2010): *Ill fares the land*, UK, Penguin Books Ltd..
- Krönig, Jürgen** (2010): Großbritannien nach Labour. Friedrich-Ebert-Stiftung, Internat. Politikanalyse, Abt. Internat. Dialog, Berlin. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07233.pdf> (besucht am 24.8.2010).
- Lakoff, George** (2010): *The Poll Democrats Need to Know About: Framing, Value-Shifting, the California Budget Crisis, and Why Democrats So Often Act Like Republicans*. Berkeley: University of California.
- Liddle, Roger/Mandelson, Peter** (1996): *The Blair Revolution*. London: Faber and Faber.
- Meyer, Henning/Spiegel, Karl-Heinz** (2010): Die Gute-Gesellschaft-Debatte : wie weiter mit der europäischen Sozialdemokratie? - Berlin : Friedrich-Ebert-Stiftung, Internat. Politikanalyse. <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07224.pdf> (besucht am 18.08.2010).
- Merkel, W./Egle C./Henkes C./Ostheim, T./Petring A.** (2006): *Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, aktualisiert bei Merkel, W. (2007): *Soziale Gerechtigkeit im OECD-Vergleich*. St. Emptner, R.B. Vehrkamp (Hrsg.) *Soziale Gerechtigkeit – eine Bestandsaufnahme*, Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Meyer, Thomas** (Hrsg.) (2006): *Praxis der Sozialdemokratie*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Müntefering, Franz** (2008): Die Luft ist voll sozialdemokratischen Themen und Antworten, Gespräch mit Franz Müntefering, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, November 2008. URL: http://www.frankfurter-hefte.de/upload/Archiv/2008/Heft_11/NGFH_Nov_08_Archiv_Mntefering..pdf (besucht am 19.08.2010).
- Perger, Werner A.** (2008): *Der Populismus der Aufklärung. Obama und die transatlantische Linke: wieder gehen und kämpfen lernen*. Berlin : Friedrich-Ebert-Stiftung, International Policy Analysis. <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05792.pdf> (besucht am 18.08.2010).
- Pfaller, Alfred** (2009): *European social democracy – in need of renewal*. Berlin : Friedrich-Ebert-Stiftung, International Policy Analysis. http://library.fes.de/cgi-bin/populo/digbib.pl?t_dirlink=x&modus=&f_IDR=I+06867 (besucht am 18.08.2010).
- Policy Network** (2010): *New Social Democracy Observatory*. URL: <http://www.policy-network.net/> (besucht am 18.08.2010).
- Progressives Zentrum** (2010): *Beyond the Third Way – Was heißt heute progressive Politik?* Tagungsbericht. Berlin. URL: <http://www.progressives-zentrum.org/dpz.php/cat/3/aid/507> (besucht am 18.08.2010).
- Raschke, Joachim/Tils, Ralf** (2010): L'Embarras de Richesses: The debacle of the SPD and strategic options in the structure of political camps in the German party system, in *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* (Nr.1/2010), pp. 11–16.
- SAMAK** (2010): Nordisk forum for socialdemokrater & fagbevægelse. URL: <http://s-dialog.dk/default.aspx?site=samak&> (besucht am 18.08.2010).

Schmitter, Philippe C./Trechsel, Alexander H. (2005): The Future of Democracy in Europe: Trends, Analyses and Reforms, A Green Paper for the Council of Europe, Co-ordinated by Philippe C. Schmitter European University Institute (Italy) and Alexander H. Trechsel University of Geneva (Switzerland). URL: http://www.thefutureofrepresentativedemocracy.org/files/pdf/resources/schmitter_thefutureofDemocracyinEurope.pdf (besucht am 18.08.2010).

Social Europe Journal (2010): Good Society Debate. URL: <http://www.social-europe.eu/category/good-society-debate/> (besucht am 18.08.2010).

Scott Andrew (2009): Social Democracy and the Rudd Labor Government in Australia, IPA December 2009 <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06876.pdf> (besucht am 19.08.2010).

Streeck, Wolfgang/Mertens, Daniel (2010): Politik im Defizit. Austerität als fiskalpolitische Regime. MPiFG Discussion Paper.

Wagschal, Uwe (1996): Staatsverschuldung im Internationalen Vergleich. Opladen, Leske & Budrich.

Wehling, Elisabeth (2009): Politische Kommunikation, die ankommt : eine neuro-linguistische Analyse des EU-Wahlkampfes. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Internat. Politikanalyse, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06756.pdf>

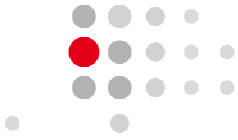
Westen, Drew (2007): The Political Brain. The role of emotion in deciding the fate of the nation, New York, Public Affairs Pr..

Weßels, Bernhard (2010): Was ist dran an der These vom Ende der Sozialdemokratie? Eine empirische Analyse der Wahlergebnisse und Wählerprofile sozialdemokratischer Parteien in Europa in den letzten zwanzig Jahren. Berlin : Friedrich-Ebert-Stiftung, Internat. Politikanalyse, Abt. Internat. Dialog, 2010 <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07221.pdf>

Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2010): Spirit Level: Why Equality is better for Everyone. UK, Penguin

Wilkoszewski, Harald (2009). Age trajectories of social policy preferences. Support for intergenerational transfers from a demographic perspective. MPiDR Working Paper WP-2009-034. <http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2009-034.pdf>

World Economic Forum (2010): »Europe & Risk. A Global Risk Network Briefing“, Geneva. URL: <http://www.weforum.org/en/initiatives/globalrisk/index.htm> (besucht am 19.08.2010).



Über die Autoren

Jan Niklas Engels ist Projektleiter »Internationaler Monitor Soziale Demokratie« im Referat Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Dr. Gero Maaß ist Leiter der Internationalen Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
<http://www.fes.de/ipa>

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de